

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft,
Uwe Hirsch und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/4343 –**

Mitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die demokratische Legitimation der Gremien der Industrie- und Handelskammern (IHK) angesichts einer Beteiligung von durchschnittlich 15 % der Mitglieder an Kammerwahlen?

Die Mitglieder der IHK-Vollversammlungen werden von den Kammerzugehörigen nach Maßgabe von § 5 IHK-Gesetz gewählt. Die demokratische Legitimation der IHK-Vollversammlungen und der von ihr vorgenommenen Wahlen des Präsidenten und der Hauptgeschäftsführung (§§ 6 und 7 IHK-Gesetz) begründet sich durch die im IHK-Gesetz vorgesehene Selbstverwaltung der IHK im Rahmen ihrer durch Gesetz übertragenen Aufgaben.

Die Kammerwahlen sind ein Akt der vom Gesetzgeber den Kammerzugehörigen zugewiesenen Partizipation an der Erfüllung der den IHK übertragenen Aufgaben. Diese Konstruktion ist bei allen Selbstverwaltungskörperschaften vergleichbar. Die Beteiligung der Kammerzugehörigen an den Wahlen zu den IHK-Vollversammlungen ist daher keine Frage der demokratischen Legitimation, sondern eine Ausübung von Partizipationsrechten.

Datenmaterial über die Wahlbeteiligung zu IHK-Vollversammlungen liegt auf Bundesebene nicht vor. Dies gilt ebenso für die Mehrheit der Bundesländer. Die wenigen Bundesländer, die über Statistiken zu den Wahlbeteiligungen bei den Wahlen zu den IHK-Vollversammlungen verfügen, haben angegeben, dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung je nach Wahlgruppe bei ca. 7 bis 40 % liegt. Es handelt sich dabei um Durchschnittswerte, die zwischen den Wahlgruppen, den unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen und den einzelnen Regionen und Wahlbezirken ganz erheblich variieren.

Dabei ist die Wahlbeteiligung der Kleinst-, Gelegenheits- und Nebenerwerbs-Unternehmen, die einen erheblichen Teil der Wahlberechtigten ausmachen, ge-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vom 9. November 2000 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

ring. Das Kreditgewerbe hat regelmäßig eine der höchsten Wahlbeteiligungen, teilweise bis 80 %.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) verfügt über keine aktuellen Zahlen der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei allen IHK.

2. Wie viele Verfahren zur Zwangsvollstreckung von IHK-Mitgliedsbeiträgen sind nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit anhängig?

Bundesweite Angaben über die Zahl der anhängigen Zwangsvollstreckungsverfahren zur Durchsetzung von IHK-Mitgliedsbeiträgen liegen der Bundesregierung nicht vor. Nach Auskunft des DIHT haben mehrere IHK mitgeteilt, dass sich die Zahlen der Vollstreckungsmaßnahmen seit In-Kraft-Treten des neuen Berufsrechts durch das Änderungsgesetz zum IHK-Gesetz im Jahre 1998 deutlich verringert haben.

Mehrere Bundesländer haben auf der Grundlage der von den Kammern zur Verfügung gestellten Informationen folgende Schätzungen der Anzahl der derzeit anhängigen Verfahren angegeben:

Thüringen	4 000 Verfahren
Schleswig-Holstein	2 880 Verfahren
Saarland	2 000 Verfahren
Rheinland-Pfalz	2 740 Verfahren

3. Sieht die Bundesregierung angesichts der widersprüchlichen Rechtsprechung zur Zwangsvollstreckung von IHK-Mitgliedsbeiträgen sowie dem zunehmenden Aussetzen von Verfahren bis zur höchstrichterlichen Entscheidung (Europäischer Gerichtshof bzw. Bundesverfassungsgericht) gesetzgeberischen Handlungsbedarf, und wenn ja, welchen?

Eine widersprüchliche Rechtsprechung im Zusammenhang mit der Zwangsvollstreckung von IHK-Mitgliedsbeiträgen ist der Bundesregierung nicht bekannt geworden. Auch den für die Aufsicht über die IHK zuständigen Landesbehörden und dem DIHT liegen keine Informationen über insoweit widersprüchliche Urteile vor. Wenn von einzelnen Gerichten Klageverfahren gegen IHK-Beiträge wegen anhängiger Verfassungsbeschwerden ausgesetzt worden sind, so betraf dies nicht die Frage nach der Fälligkeit und Vollstreckbarkeit der jeweiligen Beiträge und Beitragsbescheide. Bei IHK-Beiträgen, die öffentliche Abgaben sind, haben Widerspruch und Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung. Soweit Anträge auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung gestellt worden sind, sind die Anträge von den Gerichten stets abgelehnt worden, weil die zugrunde liegende Klage keine Aussicht auf Erfolg hatte.

Die Bundesregierung sieht daher keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der beitragsbefreiten IHK-Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft in den einzelnen Kammerbezirken?

Statistiken werden von der Bundesregierung nicht geführt.

Nach einer vom DIHT Anfang des Jahres 2000 durchgeführten Umfrage bei den IHK liegt der Anteil der nach § 3 Abs. 3 Satz 3 IHK-Gesetz vom Beitrag freigestellten IHK-Mitglieder zwischen 27,4 % (Minimum) und 46,6 % (Maximum) der Gesamtzahl der Mitglieder.

5. Hält die Bundesregierung die praktizierten – von zahlreichen Kammern „freiwillig“ eingeführten wie auch die seit Anfang 1999 geltenden gesetzlichen – Beitragsbefreiungsschwellen für zeitgemäß bzw. welchen Anpassungsbedarf sieht sie?

Die seit 1999 gesetzlich festgelegte Beitragsbefreiungsregelung, die an die Stelle der 1997 von den Kammern selbst eingeführten Beitragsbefreiungsschwellen getreten war und diese geändert hat, stellen nach heutiger Kenntnis einen sachgerechten Kompromiss dar, um Kleinst-, Klein-, Mittel- und Großunternehmen nach ihrer Leistungsfähigkeit zu Mitgliedsbeiträgen heranziehen zu können und Kleinst- und Kleinunternehmen nach Möglichkeit zu entlasten.

Ein Anpassungsbedarf besteht aus Sicht der Bundesregierung nicht.

6. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung zu Beitragsbefreiungen in Handwerkskammern sowie zu Doppelmitgliedschaften in IHK und Handwerkskammern?

Eine „Doppelmitgliedschaft“ bei Handwerkskammern und IHK ist rechtlich nicht vorgesehen. Nach § 2 Abs. 3 IHK-Gesetz gehört bei Mischbetrieben nur der nichthandwerkliche oder nichthandwerksähnliche Betriebsteil unter gewissen Voraussetzungen der IHK an. Es handelt sich damit um eine unterschiedliche Mitgliedschaft bzw. Beitragspflicht von Betriebsteilen.

Eine Beitragspflicht entsteht auch in diesen Fällen erst, wenn der Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert und der nichthandwerkliche oder nichthandwerksähnliche Betriebsteil einen Umsatz von mehr als 250 000 DM erzielt (§ 3 Abs. 4 IHK-Gesetz). Sind beide Kriterien erfüllt, erfolgt eine Aufteilung der Bemessungsgrundlage auf die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer. Dies geschieht in der Regel durch Vereinbarung der beteiligten Kammern unter Beteiligung des Unternehmers.

Die Handwerksordnung enthält selbst keine Regelung für eine Beitragsbefreiung von Betrieben. Nach Auskunft des Zentralverbands des Deutschen Handwerks enthalten deshalb alle Beitragsordnungen der Handwerkskammern nähere Regelungen über Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse von Beitragsforderungen.

